



Luzern, 17.04.2018

Medienmitteilung **Transparente Vormiete – Initiative ist eingereicht**

«Fair von Anfang an, dank transparenter Vormiete!» - Die Initiative des Mieterinnen- und Mieterverbandes wurde heute Morgen der Kantonsregierung übergeben. Das Volksbegehren fordert die automatische Bekanntgabe der Vormiete bei einem Mieterwechsel - ein bewährtes Instrument gegen ungerechtfertigte Mietzinserhöhungen, welches die Luzerner Regierung vor fünf Jahren noch selber propagierte. Vor allem in urbanen Gebieten ist die Einführung dieses Instrumentes dringend notwendig, um die weitverbreitete Spekulation auf Kosten der Mietenden zu unterbinden.

Am 10.05.2017 lancierte der Mieterinnen- und Mieterverband LUZERN NW OW UR an seiner GV zusammen mit rund 400 Mitgliedern das Volksbegehren. Heute Morgen wurden 4340 Unterschriften eingereicht. Dabei zeigte sich, dass das Begehren vor allem um urbanen Raum auf eine grosse Zustimmung stösst: 2663 Unterschriften alleine stammen von Stimmberechtigten der Stadt Luzern, 990 weitere aus den Agglomerationsgemeinden Ebikon, Emmen, Horw und Kriens. Diese grosse Unterstützung deckt sich mit den Erfahrungen aus dem Beratungsalltag, wie der Geschäftsleiter Cyrill Studer Korevaar erläutert: „Trotz einem angeregten Neuwohnungsbau bleibt die Situation beispielsweise in der Stadt Luzern prekär. Auch wenn nichts investiert wird, sind Aufschläge von 10 Prozent bei einem Mieterwechsel schon fast die Regel. Oftmals aber ist es ein Mehrfaches davon.“

Stadt Luzern mit unrühmlichen Spitzenplatz

Der Präsident Mark Schmid ortet einen dringenden Handlungsbedarf: „Die Stadt Luzern ist für Mieterinnen und Mieter das viertteuerste Pflaster in der Schweiz.¹ In der Grossregion Luzern müssen bei einer Neuvermietung zwischen 20 und 30 Prozent mehr als bei einer Bestandesmiete bezahlt werden.² Dies ist umso ärgerlicher, weil wegen den stetig sinkenden Hypothekarzinsen die Mieten insgesamt 23 Prozent tiefer als 2008 sein müssten.“

Mietzinsdämpfende Wirkung rechtfertigt marginalen Zusatzaufwand

Die Forderung der Initiative lässt sich durch ein leicht auszufüllendes Formular umsetzen. Dank dieser Transparenz hat die Mieterschaft echte Vergleichsmöglichkeiten, Mietzins-Exzesse werden sofort erkannt und können angefochten werden. Unfaire Vermieter erhalten von Beginn weg einen Schuss vor den Bug, alle anderen gewinnen an Glaubwürdigkeit.

Die Regierung propagierte vor fünf Jahren das Instrument selber noch. Nun muss sie bis in einem Jahr eine Botschaft zur Initiative ausarbeiten, die Volksabstimmung dürfte in den ersten Monaten des Jahres 2020 stattfinden.

Weitere Informationen

- Mark Schmid, Präsident, 079 482 90 82; Cyrill Studer Korevaar, Geschäftsleiter, 079 786 33 29

¹ <https://www.comparis.ch/immobilien/wohnungssuche-umzug/studie/mietpreise-staedte-schweiz-vergleich>

² <https://www.bwo.admin.ch/bwo/de/home/Wohnungsmarkt/studien-und-publikationen/Angebotsmieten.html>